

Fragenkatalog für die August-Ausgabe 2009 der Publikation

„pro – Magazin für die Region Heilbronn-Franken“

Die Antworten von Christine Denz, Bündnis 90/Die Grünen
Wahlkreis 276 Odenwald-Tauber

pro: Im Bundestag will ich erreichen, dass...

Kandidatin: ... die Erderwärmung begrenzt wird, soweit es in den Möglichkeiten der deutschen Bevölkerung steht. Immer wieder neue Studien belegen die „galoppierende Erderwärmung“ und warnen vor unabsehbaren Folgen, so z. B. Prof. Schellnhuber vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung. Wir brauchen Regelungen und Gesetze zum Energieeinsparen, zur Energieeffizienz und zum raschen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Priorität besteht in dieser Reihenfolge.

Dazu gehört auch eine Veränderung unseres Lebensstils.

Bis 2040 wollen wir den „Rest“-Energiebedarf zu 100% mit den Erneuerbaren Energien decken. Wir brauchen diesen, und nur diesen Energie-Mix. Hier stehen wir in scharfem Gegensatz zur „Klimaschutz“-Politik von CDU und SPD, die nach unserer Auffassung diesen Namen nicht verdient: Atomkraftwerke sind lebensgefährlich; Kohlekraftwerke machen die Klimaschutzziele zunichte. Das Kohlekraftwerk in Mannheim z. B. gehört zu den „dreißig dreckigsten“ in Europa.

Seit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes EEG vor 8 Jahren sind in den o. a. Branchen bundesweit 280.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden – auch gerade in unserer Region. Wird Öl und Gas durch die „regionalen Güter“ Effizienz, Sonne, Wind, Wasser und Biomasse ersetzt, bleibt das Geld zum größten Teil in der Region und kommt den hier lebenden Menschen zugute. Dabei muss der Natur- und Landschaftsschutz gewährleistet sein, damit unsere reizvolle Landschaft erhalten bleibt.

Noch etwas zur Flächeneffizienz. Jeder Mensch verbraucht derzeit für Strom, Wärme und Treibstoffe im Schnitt jährlich 3.000 l Öl(äquivalente). Diesen Bedarf kann man decken mit Bioenergie = 15.000 qm; Solarstrom = 500 qm; Windkraft = 2 qm. Windkraft ist unschlagbar. Wir müssen umdenken.

pro: Die immense Staatsverschuldung kriegen wir in den Griff, indem wir ...

Kandidatin: nicht kurzfristig wirkende und wahllose Konjunkturspritzen (mit garantiertem späterem Katzenjammer wie z. B. die Abwrackprämie mit vorhersehbar einbrechenden Märkten) einsetzen, sondern wenn wir finanzielle Förderung mit Ordnungspolitik (CO₂-Grenzwerte) ergänzen und unser Land ökologischer und sozialer (Bürgerversicherung, Bildungssolidarbeitrag) gestalten. Dann schaffen wir nachhaltiges Wachstum und zukunftsfeste Arbeitsplätze. Der Umbau der Gesellschaft zu einem klimaverträglichen Leben und Wirtschaften und die Überwindung der sozialen Spaltung sind DIE Schlüsselaufgaben der Politik in den nächsten Jahren – und zugleich eine enorme Chance!

Wir wollen die ökologischen und sozialen Schwächen der jetzigen finanzmarktdominierten Weltwirtschaft beseitigen – und Zukunftsinvestitionen (Gebäudesanierung, Investitionen in Bildung) vorziehen! Dafür nehmen wir zunächst neue Schulden in Kauf. Aber damit legen wir die Grundlagen dafür, damit künftige Generationen wieder erfolgreich wirtschaften können. Nur so sind Schulden legitimierbar.

Im Unterschied zu dem „Flickenteppich“ der diversen Konjunkturprogramme der Bundesregierung haben wir ein Konzept verstetigter Investitionen über einen Zeitraum von vier Jahren entwickelt. Unser Projekt verlangt jährlich ca. 20 Milliarden Euro zusätzliche Investitionen. Wir wollen damit eine Million neue Jobs in folgenden Bereichen verwirklichen: Erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Gebäudesanierung, Landwirtschaft und Biobranche, Bildung und Betreuung, Gesundheit und Pflege, sozialer Arbeitsmarkt und Abbau von Schwarzarbeit. Das Ganze trägt den Namen „Grüner Neuer Gesellschaftsvertrag“.

pro: Die Sozialversicherungssysteme sind auf Dauer nur zu retten

Kandidatin: ...wenn wir sie umbauen, wenn wir so umstellen, dass ALLE ihren Beitrag leisten. Das jetzige System ist ungerecht. Aufgabe der Sozialversicherungssysteme war und ist es, alle Menschen vor Lebensrisiken zu schützen und ihnen eine würdige Existenz zu sichern. Darüber hinaus müssen sie eine aktivierende Funktion übernehmen. Wir von Bündnis 90/Die Grünen wollen eine Gesellschaft, in der niemand ausgegrenzt wird und in der alle ihre Fähigkeiten entfalten können.

Die beste Entlastung für das Gesundheitssystem sind gesunde Menschen in einer gesunden Umwelt. Die beste Entlastung für die Arbeitslosenversicherung ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Unser Ziel ist die Senkung der Lohnnebenkosten. Durch mehr Effizienz und eine Verbreiterung der

Finanzen wollen wir die Beiträge zu den Sozialversicherungen deutlich senken. Armut findet vor allem in Familien mit Kindern und bei Alleinerziehenden statt. Mehr als 6,5 Millionen Menschen arbeiten inzwischen im Niedriglohnsektor. Eine verbesserte Grundsicherung ist zentrales Ziel grüner Sozialpolitik. Sie ist nicht nur sozialpolitisch notwendig, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Gezielte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung stärken darüber hinaus die Binnennachfrage, weil im unteren Einkommensbereich höhere Einnahmen direkt in den Konsum fließen. Eine Erhöhung der Regelsätze auf 420 Euro für Erwachsene, eine Erhöhung der Regelsätze für Kinder und die Einführung einer Kindergrundsicherung sind deswegen auch konjunkturpolitisch sinnvoll.

pro: In den nächsten vier Jahren will ich mich dafür einsetzen, dass ...

Kandidatin: Klimaschutz noch populärer wird und dass bei der Lösung des globalen und alles entscheidenden Problems „galoppierende Erderwärmung“ rasche und wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Näheres habe ich oben dargestellt.

..... die soziale Spaltung wieder mehr und mehr überwunden wird. Maßnahmen dafür sind ein gerechteres Steuersystem, ein deutlich verbessertes und effektiveres Bildungssystem und - Kinder dürfen kein Armutsrisiko mehr sein.

.... In den ländlichen Räumen gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden und eine gute ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe genauso ermöglicht wird wie in der Stadt. Wir wollen das „Prinzip Gießkanne“ ablösen durch eine Förderpolitik, die die Potentiale vor Ort erkennt, regionale Akteure vernetzt und daraus neue Ideen und Ansätze für die jeweilige Region entwickelt. So geschieht es beispielsweise derzeit mit der „Bioenergie-Region H.O.T.“, die der Neckar-Odenwald-Kreis, der Main-Tauber-Kreis und der Hohenlohekreis auf die Beine stellen. DSL-Anschlüsse für Betriebe und Privatleute, umweltfreundliche Mobilität und eine moderne Bildungslandschaft sind auch für die ländlichen Räume unabdingbar.

.... unser ineffektives Schul- und Bildungssystem umgebaut wird zu einer „Schule für alle“ mit späterer Differenzierung. Aus meiner beruflichen Erfahrung als Sonderschullehrerin weiß ich, wie demütigend und schädlich Ausgrenzung auf allen Ebenen wirkt. Acht Prozent aller Schulabgänger haben heute keinen Abschluss. Viele Jugendliche werden in Kursen usw. „geparkt“, ohne Erfolg, viele mit Migrationshintergrund. Volkswirtschaftlich betrachtet würden wir durch eine präventive Arbeit sogar sparen. Wirksame Bildungsarbeit setzt qualifizierte – und entsprechend bezahlte! - Arbeit im Kindergarten und in der Schule voraus. Mit wesentlich mehr Lehrpersonal als es jetzt üblich ist. Die Skandinavier haben damit gute Erfahrungen gemacht.

Christine Denz, Bündnis 90/Die Grünen

Quelle: www.christine-denz.de